

I-11-089 Dringlichkeitsantrag: In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

Antragsteller*in: Rasmus Andresen (KV Flensburg)

Änderungsantrag zu I-11

Von Zeile 88 bis 89 einfügen:

angenommen und umgesetzt wird. Wenn eine Einigung auf europäischer Ebene scheitert, setzen wir uns für eine nationale Übergewinnsteuer auch in diesem Bereich ein.

Bei der nationalen Umsetzung der in der EU vereinbarten Abschöpfung der Übergewinne von fossilen Energien („Solidaritätsbeitrag“) werden wir uns dafür einsetzen, dass die Bundesregierung die Übergewinne, die die EU großzügig als über 20% höher als die Durchschnittsgewinne seit 2018 festgelegt hat, den Steuersatz auf mehr als die Hälfte ansetzt, die Abgabe für 2022 und für 2023 beschließt und das Gesetz so gestaltet, dass Gewinnverschiebungen bspw. in die Schweiz verhindert werden. Das gelingt beispielsweise mit einem (Über-)Gewinnproxi für die nationalen Gewinne als Bemessungsgrundlage. Dieser kann auf Basis der nationalen Umsatzsteuervoranmeldungen einfach ermittelt werden und verhindert das Umgehen des Solidaritätsbeitrags. Das ist wichtig, um ein effektives Instrument mit ausreichend Aufkommen für die notwendigen Krisenentlastungen zu gestalten.

weitere Antragsteller*innen

Katharina Beck (KV Hamburg-Nord); Sabine Grützmacher (KV Oberberg); Maik Außendorf (KV Rhein-Berg); Sascha Müller (KV Schwabach); Dieter Janecek (KV München); Jennifer Jasberg (KV Hamburg-Bergedorf); Tina Winklmann (KV Schwandorf); Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt); Bernhard Herrmann (KV Chemnitz); Viola von Cramon (KV Göttingen); Alexandra Geese (KV Bonn); Sandra Detzer (KV Ludwigsburg); Michael Bloss (KV Stuttgart); Patrick Schönknecht (KV Chemnitz); Ulrich Lindner (KV Schwabach); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Jürgen Heßler (KV Frankfurt); sowie 58 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.